Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 16 - 2011

Interview mit Joachim Barloschky **Seite 3**

Fragen an Sabine Schiffer zum antimuslimischen Rassismus **Seite 7**

Afrika Netzwerk Bremen

Das Afrika Netzwerk Bremen **Seite 10**

Wohnen in der Tenever

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

WIR begrüßen Euch mit unserer 16. Ausgabe.

In dieser Ausgabe berichten wir über den Bremer Stadtteil Osterholz-Tenever, nach Lesart der üblichen Medien ein „sozialer Brennpunkt". Dort hat Barlo (Joachim Barloschky) als Quartiermanager eine besonders erfolgreiche Arbeit geleistet. Mit ihm haben wir gesprochen. Das Beispiel Hochhausviertel Tenever zeigt uns, dass trotz objektiv ungünstiger Zustände auch dort das Leben besser gestaltet werden kann.

Das allgegenwärtige Thema „antimuslimischer Rassismus" ist einer unserer Schwerpunkte. Der norwegische Attentäter Breivik hinterließ ein Pamphlet, welches sich aus den anti-islamischen Quellen speiste. Ob Wilders in den Niederlanden, die Anti-Moscheebau-Initiative in der Schweiz, die Sarrazzin-Gemeinde oder die anti-islamische Bloger im Netz. Sie waren seine geistigen Väter. Auch die Berichterstattung zum Thema 11. September in den Medien hat uns bewogen, Stellung zu diesem Themenkomplex zu nehmen.
Dazu haben wir Sabine Schiffer interviewt.

Zusätzlich gibt es Artikel zu 25 Jahre „Die Gelbe Hand", Asylbewerberleistungsgesetz, die Ellenbogengesellschaft und andere Beiträge zu „Alltag und Politik" .

In eigener Sache

Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar:
www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.

Inhalt

Interview mit Joachim Barloschky (Barlo) 3

Fragen an Sabine Schiffer zum „antimuslimischen Rassismus" 8

25 Jahre Die Gelbe Hand 14

Die Konkurrenzgesellschaft spitzt die Ellenbogen 16

Das Asylbewerberleistungsgesetz 18

Die Bürgerschaftswahl 2011 - gesehen von hinten 19

Neu in Bremen: Das Afrika Netzwerk Bremen (ANB) 20

Überraschung bei der Bürgerschaftswahl in Bremen 22

Leserbriefe 23

Termine 24

Interview mit Joachim Barloschky (Barlo in Tenever)

Wie bist du nach Tenever gekommen und wie war es hier damals?

Ich bin 1980 mit meiner Familie nach Tenever gezogen, weil wir eine große, gute Wohnung suchten. Die haben wir hier gefunden. Klasse! Gleichzeitig haben wir uns mit den täglichen Realitäten auseinandersetzen müssen. Die so aussahen, dass die Wohnungen für uns ein ganz wichtiger Gebrauchswert waren, aber für die Eigentümer dieser Wohnungen, nämlich internationale Konzerne, Immobiliengesellschaften, Versicherungsgesellschaften, sind das Anlageobjekte, sind das Renditeobjekte, sind es Profitobjekte. Die wollen mit diesem Gebrauchswert - Wohnen ist ein Menschenrecht muss man ja sagen - Profit machen. Und so benehmen sie sich auch, indem sie Miete kassieren, aber hier viel zu wenig für Instandhaltung, Modernisierung, Wohnumfeld-Verbesserung ausgeben. Hinzu kommt, dass sie Monopoly gespielt haben, straßenweise hunderte Wohnungen gekauft und verkauft haben, immer dabei ihren „Schnitt" gemacht, aber - wie gesagt - nicht an die Interessen der Bewohner gedacht haben.

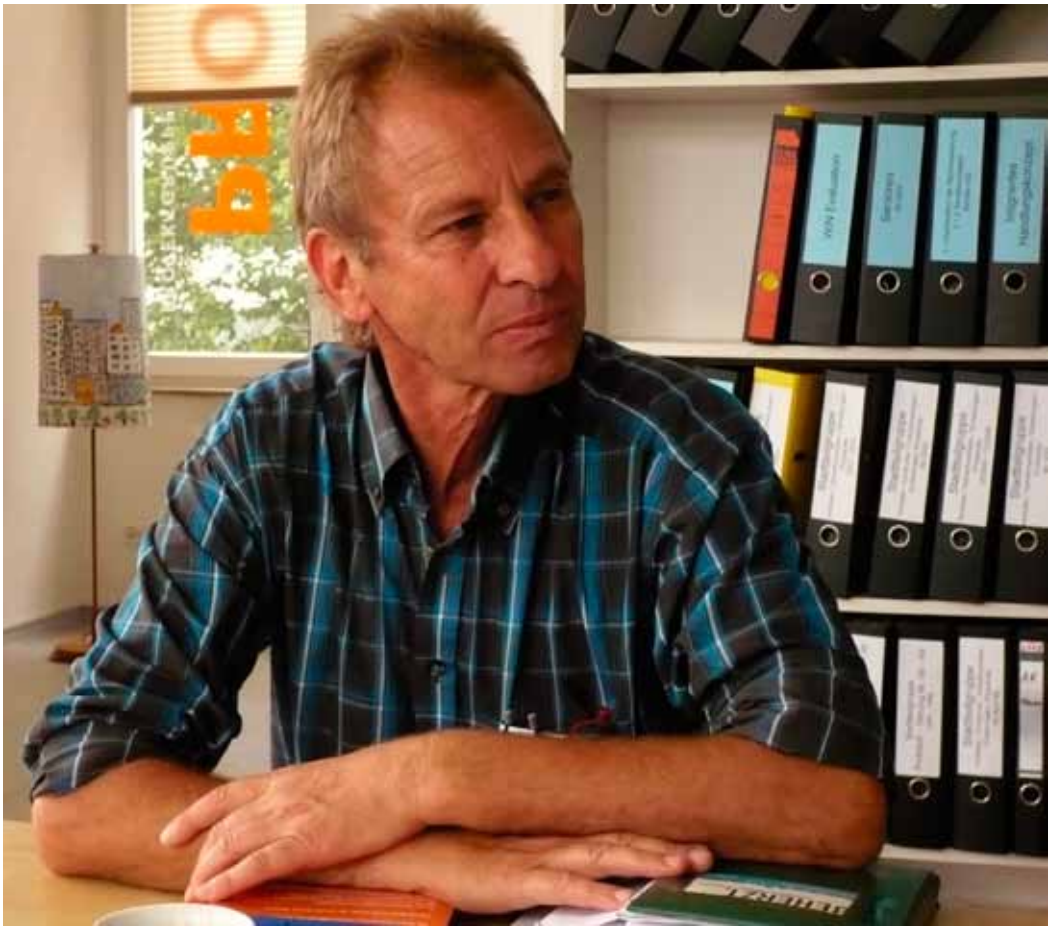
Der Stadtteil hatte jahrelang einen stigmatisierten Ruf?

Wir hatten einen katastrophalen Ruf. Wir hatten ein ganz schlechtes Image. Die ersten Probleme, die auftauchten: fehlende Infrastruktur, Tiefgaragenbrände und es sind Leute aus den Hochhäusern runtergesprungen. Immer war Tenever das Bild, das im Fernsehen gezeigt wurde, wenn es um benachteiligte Stadtteile ging. Das war auch bitter für einen selber. Als ich hierher gezogen bin und meinen Freunden erzählt habe: „Ich habe eine geile Wohnung in Tenever", haben sie gesagt. „Bist du besoffen, denkst du nicht an deine Kinder und deren Zukunft? Man wohnt doch woanders."

Was war Tenever für ein Projekt?

Das war hier ein Demonstrativ-Bauvorhaben des Bundes. Das heißt, die Creme de la Creme der Planer der 1960er Jahre haben hier dran gesessen. Man wollte zukünf-

Interview:
Orhan Çalışır, Hugo Köser



Joachim Barloschky

1952 in Bremen geboren, aufgewachsen in der Bremer Gartenstadt-Vahr, Abitur, abgebrochenes Lehramtsstudium, Betriebswirt.

Mit Familie in den 80er/ 90er Jahren Bewohner in Tenever, Mitbegründer des Bewohnertreffs Tenever und im Stadtteil aktiv.

Seit 1990 Quartiermanager in Bremen-Tenever, angestellt beim Amt für Soziale Dienste.

Lehrbeauftragter an der Hochschule Bremen für „Soziale Arbeit / Gemeinwesenarbeit". Seit Mitte 2011 in der Altersteilzeit.

tiges Bauen schaffen. Also so baut man heute nicht mehr. Das ist eine städtebauliche Sünde gewesen. Aber das Schöne an Tenever ist, durch Engagement von vielen, vielen Menschen, sozialen Einrichtungen wurde Druck gemacht und auch mit Überzeugung der Politik ist es uns gelungen, weil wir eine städtische Wohnungsbaugesellschaft haben, ein von Eigentümern herunter gewirtschaftetes Quartier zu einem Vorzeigeobjekt zu machen, wie man menschenwürdige Wohnbedingungen und ein guten sozialen Zusammenhalt, zumindest in diesem Quartier herstellen kann.

Wer hat hier am Anfang gewohnt?

Hier haben breite Schichten der Bevölkerung gewohnt. Von Anfang an, wie man das angestrebt hat, weil es alles Sozialwohnungen waren. Und das hat sich aber sehr, sehr schnell ausdifferenziert durch Segregationsprozesse, durch einen entspannten Wohnungsmarkt, so dass immer stärker deutlich wurde, hier wohnen nur die, die über wenig Geld verfügen.

Was heißt breite Bevölkerungsschichten genau?

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Arbeitslose auch Sozialhilfeempfänger, aber eben auch Piloten, Radio Bremen-Mitarbeiter etc. Die Wohnungen waren gut. Sehr großzügig, sehr groß. Das war Klasse. Aber durch eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, durch Vernachlässigung, kam es dazu, dass immer mehr Menschen von Tenever weggezogen sind und dann wohnten hier nur noch die, die staatliche Transferleistungen erhalten haben. Das hat sich so geändert, dass Mitte der 80er Jahre hier 20% Leerstand herrschte und 25% Fluktuationsrate, das heißt statistisch gesehen, dass alle vier Jahre neue Leute hier eingezogen sind.

Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Es ist so, dass bei Sozialwohnungen alle zwei Jahre eine Einkommensüberprüfung stattfindet und es eine Mietobergrenzen-Regelung gibt. Es konnte Vielen passieren, ob sie bei Daimler gearbeitet haben oder bei Atlas Elektronik oder beim Bundesbahn-Ausbesserungswerk, wenn Kinder aus der Familie eine Lehre angefangen haben oder mitverdient haben oder Mann und Frau gemeinsam gearbeitet haben - was man auch anstreben sollte -, dass sie dann aus den Fallgrenzen rausfielen. Und dann wurde für diese Personen nicht nach den Marktbedingungen eine Miete ermittelt, sondern nach gesetzlichen Vorgaben. Und das war für die Leute teuer. Dann haben sie gesagt, ich kaufe mir dann draußen ein eigenes Häuschen, statt die hohe Miete zu zahlen, zumal der Ruf des Stadtteils und das Image immer schlechter wurde, durch Vandalismus, fehlende Infrastruktur und soziale Einrichtungen. Und dadurch ist dieser Segregationsprozess beschleunigt worden, der dann durch die Gesamtpolitik und die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zu einer tief greifen-

den Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich beigetragen hat.

Um aus der Misere rauszukommen, gab es hier eine Bewegung. Wie hat das Ganze angefangen?

Ohne Bewegung und ohne Druck ändert sich ja sowieso wenig im Interesse der einfachen Leute. Das war hier so, dass offensichtliche Missstände immer deutlicher wurden, weil die Wohnungseigentümer immer weniger gemacht und immer mehr an Rendite gedacht haben. Die Bewohner hier sind sehr engagiert gewesen. Sie haben Demonstrationen gemacht, sie haben halt Aktionen gemacht und haben angeklagt und eingefordert, dass Tenever eine bessere Perspektive bekommt. Das wurde europaweit verbunden. Man merkte, dass überall solche Großsiedlungen Probleme hatten - das war ja kein teneverspezifisches Problem. Die Spaltung nahm zu und die Großsiedlungen waren besondere Problemlagen. Dann hat die Stadt Bremen hier und in weiteren benachteiligten Quartieren Bremens ein Forum und ein Programm eingerichtet, das man heute „Wohnen in Nachbarschaft“ oder „soziale Stadt“ nennt. Wir haben es hier 1988 „Nachbesserungsprogramm“ genannt. Und dabei wurde eine Mitbestimmung der Bewohner eingefordert. Da waren wir eigentlich als Bewohner besonders aktiv, das auch für uns einzufordern. Das ging soweit, dass wir diese Stadtteilgruppe immer genutzt haben, um unsere Forderungen und Probleme der Bewohnerschaft auf den Tisch zu legen in der direkten Diskussion mit der Politik und anderen Akteuren, wie den Schulen und den sozialen Einrichtungen des Stadtteils.

Außerdem haben wir Geld für diese Stadteilgruppe gehabt, über das die Bewohner mitentscheiden konnten, Gelder für Verbesserungsprojekte. Davon haben wir internationale Gärten gebaut, Spielplätze saniert, Concierge geschaffen, ein ganz wichtiger Impuls für das verbesserte nachbarschaftliche Leben. Das ist unser Exportschlager, den haben alle Großsiedlungen in Deutschland mehr oder weniger von uns übernommen. Von dem Geld werden auch soziale Projekte gefördert,

ein Kinderbauernhof geschaffen, Alphabetisierungskurse eingerichtet, spezifische Aktionen für Kinder oder ältere Leute oder für internationale Feste, z.B. Fastenbrechen, unterstützt. Die Bewohner wurden dadurch selbstbewusst. Sie haben die Erfahrung gemacht, sie können was bewirken.

Dann musste die Politik auch reagieren?

Ja! Der Höhepunkt war, dass durch diesen Druck der Stadteilgruppe und der Bewohnerschaft nach langer, langer Zeit, wir durchsetzen konnten, dass die Stadt mit Hilfe ihrer städtischen Wohnungsbaugesellschaft diese ganzen heruntergewirtschafteten Blöcke gekauft hat. Diese sind nach langer Diskussion entweder abgerissen oder aber tipptopp saniert worden, sodass jetzt der Stadtteil nicht wieder erkennbar ist. Das ist keine Unwirtlichkeit der Städte mehr, sondern ein ganz normales modernes Wohnen mit hellen, freundlichen und sehr familienfreundlichen Freiflächen. Draußen sind viele Spielmöglichkeiten, ganz viele Kindergartenplätze, gute, engagierte soziale Einrichtungen, die dazu geführt haben, dass heute überall sehr gutes internationales Leben mit menschenwürdigen Wohnbedingungen stattfindet.

Wie hat dein persönliches Engagement angefangen?

Ich war Bewohneraktivist hier und habe gemeinsam mit Anderen einen Bewohnertreff mitbegründet, mich für die Mieterinteressen eingesetzt und mich im Jahre 1990 für die neu geschaffene Stelle eines Quartier-Managements beworben. Ich wurde mit der Unterstützung der Bewohner als erster Quartiersmanager eingestellt. Ich habe mich immer mit einem

großen Herzen als Bewohner, aber auch gemeinsam in Kooperation mit den anderen Akteuren, dafür eingesetzt, dass die Lage in Tenever sich verbessert.

Wie viele Menschen leben zur Zeit hier im Hochhausviertel und wie ist die Zusammensetzung?

Hier im Hochhausviertel Tenever wohnen gut 5.500 Menschen, davon ca. 70 % mit einem Migrationshintergrund. Wir fragen nicht, wer integriert wen in was und wie. Wir sind international und das ist die Zukunft und dadurch ist die weltweite Immigrationsbewegung entstanden. Die Migration ist hervorgerufen gerade durch unser Land, seine Exportweltmeisterpolitik und durch die Beteiligung an den Kriegen. Wir haben auch viele Flüchtlinge bei uns in Tenever, die unter einer sehr schwierigen Duldungssituation stehen. Für die wir uns aber solidarisch einsetzen, dass sie nicht abgeschoben werden, weil sie Bestandteil unserer Nachbarschaft sind. Heute können wir sagen, wir haben einen Stand erreicht, dass wir von einem gewöhnten, akzeptierten Nebeneinander und Miteinander dieser Nationalitäten ausgehen können. Bei den Jugendlichen und Kindern ist es automatisch so. Sie sind wie Brüder und Schwestern. Und das ist normal und zukunftsträchtig. Entscheidend ist es, dass diese Kinder und Jugendlichen klare Perspektiven bekommen. Die ethnischen Fragen, die religiösen Fragen sind alle interessant und wichtig. Da kann man sich austauschen und viel diskutieren. Aber entscheidend – das ist die Tenever Erfahrung- sind die sozialen Fragen: Haben die Leute Arbeit? Können sie teilhaben am gesellschaftlichen Leben? Werden sie akzeptiert? Haben sie Perspektiven für ihre Kinder? Das ist das A und O.

Welche Probleme bleiben nach deiner Meinung noch im Hochhausviertel Tenever?

Wichtig ist, dass die beiden Häuser an der Neuwieder Str. 1 und 3 auch noch saniert werden. Wir brauchen noch Kindergartenplätze vor allem für unsere die ein- bis dreijährigen Kinder.

Aber ganz wichtig ist Kritik und schärfste Anklage gegenüber Arbeitslosigkeit. Die meisten Teneveraner arbeiten ja, aber für Stundenlöhne von vier Euro, fünf Euro oder 7,30 Euro, wovon man keine Familie ernähren kann und man demütigend zum Amt gehen und um Unterstützung bitten muss. Das ist erschütternd und das ist menschenunwürdig.

Barlo und sein Nachfolger Jörn Hermening

Fotos: Hugo Köser

Fragen an Sabine Schiffer zum antimuslimischen Rassismus

Dr. Sabine Schiffer ist Gründerin und Leiterin des Instituts für Medienverantwortung und setzt sich für einen systematischen Lehrplan Medienbildung an Schulen ein. Sie beschäftigt sich u.a. mit der Darstellung von Minderheiten in den Medien, hat zum Islambild in der deutschen Presse promoviert und hält Vorträge und Seminare zu weiteren gesellschaftsrelevanten Themen. Weitere Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Fragen zu den Folgen von Mediengewalt sowie zur Manipulation der öffentlichen Meinung durch Lobbyarbeit und Public Relations. Neben Publikationen in Büchern und Zeitschriften, sind auch im Internet viele Artikel der Wissenschaftlerin zu finden: etwa aufbpb.de, migazin.de, migration-boell.de, hintergrund.de u.v.m.

Was ist antimuslimischer Rassismus?

Eine Sonderform von Rassismus, speziell auf tatsächlich oder vermeintlich Islamisches bezogen. Ich würde es als „verallgemeinernde Zuweisung von Fakten und Fiktionen auf den Islam oder die Muslime oder mit ihnen identifizierte Personen zum Zwecke der Abwertung der Anderen und der eigenen Privilegierung“ definieren. Ob eine Äußerung aber Religionskritik oder eine „islamfeindliche Abwertung“ ist, hängt vom Kontext ab und dem Motiv derer, die sich so äußern. Das ist zu ermitteln, ebenso die Funktion rassistischer Äußerungen oder Taten – weil die zentrale Rolle von Macht und Hierarchien nicht übersehen werden darf.

Wann hat der antimuslimische Rassismus in Europa/Deutschland angefangen?

Empirische Daten werden regelmäßig erst seit ca. 10 Jahren erhoben, aber ein gewisses Ressentiment gab es schon vorher, wurde in den Medien – zumindest in Westdeutschland – seit der Iranischen Revolution bedient und konnte an historische Vorläufer im kollektiven Bewusstsein anknüpfen, wie etwa den Orientalismus, die Türken vor Wien oder Karl Martell vor Poitiers als Metaphern für einen „islamischen“ Eroberungversuch. Wo aber zunächst einzelne Vorurteile kursierten, ist inzwischen in manchen Kreisen ein Welterklärungsmodell im Entstehen. In so manchen islamophoben Blogs im Internet kann man die Idee vom Masterplan der Islamisierung Europas und der ganzen Welt jeden Tag lesen – diese Blogs gibt es aber erst seit gut fünf Jahren.

Warum braucht „der Westen“ einen Feind nach dem Zusammenbruch des Ostblocks?

Ja, das ist ein relevanter Zusammenhang, den ich zu Beginn meiner Arbeit am Thema in den 1990er Jahren noch gar nicht wahrhaben wollte. Ausgangspunkt scheint eine Rede von Bernhard Lewis 1990 gewesen zu sein, sozusagen die Blaupause für seinen Kollegen Samuel Huntington. Durch die Kulturalisierung von Konflikten ist es möglich, Ängste und Engagement umzulenken auf irrelevante Aspekte eines neuen Feindbilds, wobei sich der sog. Islamist vom Muslim gar nicht unterscheidet – während gleichzeitig eine Agenda der Machtpolitik und Geostrategie verfolgt wird. Während nun viele Leute den Koran lesen, wäre es sinnvoller „The Grand Chessboard“ von Zbigniew Brzezinski (nicht in der deutschen Übersetzung!) zu lesen, der strategische Vordenker vieler aktueller Entwicklungen.

Früher waren es nur die eindeutig Rechten oder Gruppen von Rechts-Außen (Neonazis, Rechtspopulisten), die rassistisch gegenüber Muslime/Türken agierten, heute ist es die Mitte der Gesellschaft, renommierte Zeitungen, Intellektuelle, öffentlich rechtliche Anstalten etc. Das ist eine neue Qualität. Wie ist diese Entwicklung zu erklären?

Es ist bisher nicht belegt, dass der Rassismus von Rechts in die Mitte kommt – das ist eine Hypothese, die nur schon oft wiederholt wurde, so dass sie Überzeugungscharakter erhalten hat. Ich habe das anders beobachtet, aber das mag an dem Ausschnitt liegen, mit dem ich die Betrachtung des Sachverhalts begann. Als ich 1991 mit der Analyse der französischen

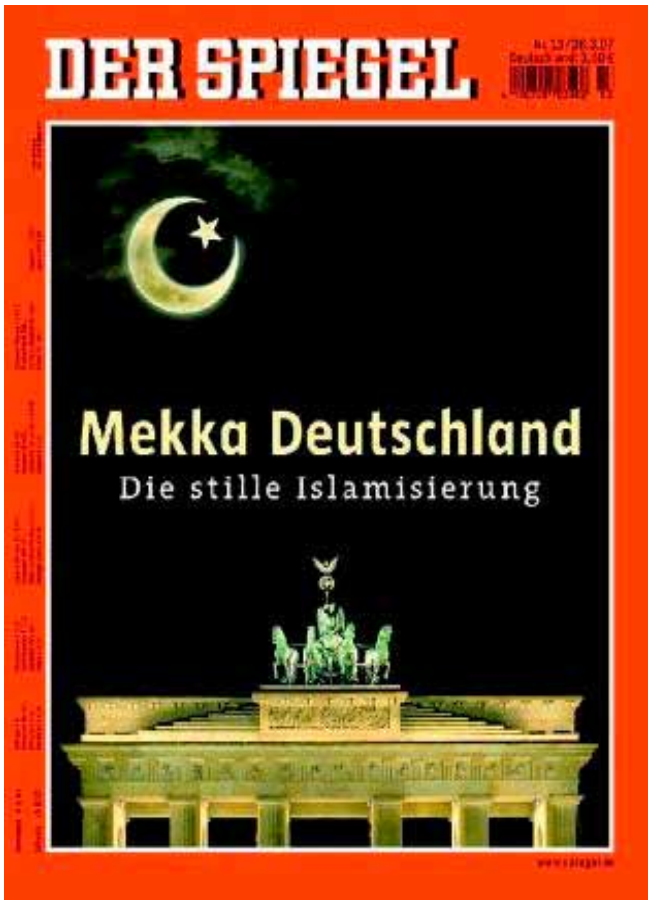
Medien der 1980er Jahre begann und dann ab Mitte der 1990er Jahre meinen Blick auf die deutschen Medien richtete, war ja auffällig, dass das antiislamische Ressentiment in Medien jeglicher Couleur gepflegt wurde. In meiner Magister- und Doktorarbeit untersuche ich gerade die sog. Seriösen Medien, die darum besonders gefährlich sind, weil man ihnen von vornherein glaubt. Ein Feindbild Islam wird also schon lange in der Mitte angelegt und ich vermute, dass Vielen nur darum heute so manch kühne Behauptung plausibel erscheint. Und sozialwissenschaftliche Studien – zuletzt von Cas Mudde – bestätigen, dass die Stärkung von politischen Rändern gerade dadurch erfolgt, dass die Mitte die extremen Positionen ernst nimmt.

Ist es nicht irrational für das Bürgertum sich so rechts zu orientieren? Das erinnert einen ja an die 20er Jahre in Deutschland?

Also, die Verortung von ‚Rassismus ist gleich Rechts' hat in Deutschland eine klare Tradition und verführt heute noch zu entsprechenden Reflexen. Aber so ist das nicht. Rassismen gibt es überall, ob anti Ossi, anti Hartz IV, anti Muslim, anti Jude, anti Ausländer usw. Der Reflex, rassistische Untaten sofort „Nazis" zuzuweisen, hat immer eine entlastende Funktion für die sog. Mehrheitsgesellschaft gehabt. Man könnte es sogar als eine Strategie der Rassismusleugnung betrachten, wenn derlei Reflexe auch oft einfach unbewusst ablaufen.

Man muss ja mittlerweile sowohl medial als auch im Bereich der Kunst und Kultur (Filme, Bücher etc.) von einem herrschenden antimuslimischen Diskurs sprechen, wie ist es zu erklären?

So ein Diskurs entsteht über einen langen Zeitraum, in dem auf bestimmte Ausschnitte Aufmerksamkeit gelenkt wird und diese unendlich oft wiederholt und dann stellvertretend für das große Ganze wahrgenommen werden. Ein einmal gefestigter Frame (Wahrnehmungsrahmen) schränkt dann das Blickfeld ein und sorgt dafür, dass man Widersprechendes und Ergänzendes übersieht und sich selbst ein kohärentes Bild konstruiert – ohne sich selbst dabei wahrzunehmen, und es darum dem Anderen zuzuschreiben. Das Bild sagt aber mehr über den Betrachter als den Betrachteten aus.



Davon müssen wir bei jedem Thema immer ausgehen und je mehr, je weiter es für uns weg ist. Inzwischen gibt es eine Art „Islamindustrie", wo alles Mögliche auf die islamische Kultur projiziert wird, obwohl die genannten Probleme nicht spezifisch sind und uns alle angingen – ein lukratives Geschäft in Zeiten der Angst vor wirtschaftlichem Niedergang. Letzteren Zusammenhang belegen die neuesten Untersuchungen, z.B. „Deutsche Zustände": Der antimuslimische Rassismus wächst gerade in der gebildeten Mittelschicht mit dem Erfolg der Markierten, die man also als Konkurrenten fürchtet.

Sie sind Leiterin des Instituts für Medienverantwortung. Wie geschieht die mediale Transformation des antimuslimischen Rassismus?

Die mediale Konstruiertheit des Bildes lässt sich von den aktuellen Debatten gar nicht trennen. Ohne die mediale Vergrößerung von Aspekten der Gewalt, Rückständigkeit und mindestens noch Frauenunterdrückung, ist das Bild gar nicht diskutierbar. Ganze Talkshow-Zyklen gehen da am relevanten Kern vorbei, weil wir gar keine „Islamdebatte" führen, sondern eine Debatte über unser Islambild und das ist was ganz anderes, reduziertes, nicht fal-

sches, aber völlig verzerrtes durch die Beschränkung auf zu wenige Aspekte – wie viele ein bisschen während der arabischen Revolutionen Anfang des Jahres erahnen konnten.

Hier bräuchten wir nicht nur mehr Meinungsfreiheit, sondern auch Schulungen, die die eigenen Wahrnehmungsschranken überwinden helfen. Überhaupt würde unserer Kultur eine systematische Medienbildung während der Schulzeit gut tun, denn Wissen über Meinungsbildungsprozesse ist ein wichtiges Element in einer Demokratie.

Welche antisemitischen Klischees und Metaphern werden heute für Muslime verwendet?

In der Tat erinnert so manche Metapher und Zuschreibung an antijüdische Klischees. Etwa die Krankheitsmetaphorik, wenn von „Fieber des Islams", „Krebsgeschwür des Islamismus" oder „Metastasenbildung" die Rede ist – das erinnert an alte Parasitenmetaphern aus dem antijüdischen Ressentiment, mit ihrer inhärenten Logik des „Sich-Schützens vor Gefahr" = „Wehrt Euch!". Auch die Übertragung des Schimpfwortes „Parasit" etwa auf Herrn Kolat in einer Diffamierungskampagne hat diese Qualität. Hinzu kommen Motive, die auf Ähnlichkeiten bei der Religionsausübung verweisen: Die Ablehnung des Schächtens muss nicht, aber kann antiislamisch oder antijüdisch motiviert sein, ebenso die Verweisung auf Speisegesetze zur „bewussten Abgrenzung" von der (christlichen) Mehrheit. Die Argumente der Ablehnung von Moscheebau und Synagogenbau ähneln sich frappierend, wie dies mein Kollege Ian Leveson analysiert hat. Auch der Loyalitätsdiskurs ist vergleichbar, etwa wenn von Juden verlangt wurde, dass ihre Schriften zu übersetzen seien und ihre Predigten auf Deutsch abgehalten werden müssten, damit man erfahre, was gesagt wird. Auch wurde im 19. Jahrhundert gefragt, ob „ein jüdischer Lehrer ein guter Lehrer für unsere christlichen Kinder" sein könne usw. All das bedeutet nicht, dass Opfer von Rassismus nicht dennoch selber Ressentiments tragen und verbreiten – so gibt es heute Juden, die über Muslime herziehen, und Muslime, die Juden alle Übel der Welt unterstellen. Das Signal des Zentralrats der Juden, den in der Politik gerne benutzten Verweis auf die „jüdisch-christlichen" Wurzeln des Abendlands abzulehnen und sich einer Instrumentalisierung gegen Islam und Muslime zu entziehen, ist wegweisend – vielleicht auch für den ein oder anderen Menschenfeind, der den nicht mehr akzeptierten Antisemitismus einfach gegen ein antiislamisches Ressentiment ausgetauscht hat, übrigens oft ohne wirklich den Antisemitismus abzulegen, wie so mancher Kommentar in den entsprechenden Blogs verrät.

Sie vergleichen in Ihren Arbeiten den Antisemitismus mit dem antimuslimischen Rassismus. Was ist an diesen beiden Phänomenen vergleichbar?

Das habe ich gerade schon angedeutet. Darum lassen Sie mich hier noch ein paar wichtige Unterschiede festhalten. Wenn ich auch Vergleichbares im antisemitischen Diskurs des ausgehenden 19. Jahrhunderts und dem antiislamischen Diskurs von heute finde, so gibt es in Bezug auf den Status der Diskriminierten doch erhebliche Unterschiede. Die Juden wurden viel mehr als „innerer Feind und überlegen" betrachtet, während man Muslime noch stark als „äußerer Feind und unterlegen" betrachtet – aber letzteres ist im Moment im Wandel wegen der Mehrzahl der erfolgreichen Muslime und der stärker werdenden Phobie vor einem eventuell doch dominierenden islamischen Kulturkreis.

Da hilft offensichtlich alles Schlechtgerede der islamischen Kultur nichts mehr. Ja, und es gibt sog. „islamische Länder“, während es zu Hochzeiten des Antisemitismus keinen „jüdischen Staat“ gab.

Heute scheinen aber alle antimuslimischen Rassisten „Judenfreunde“ zu sein, wie geht das?

Das ist eine gute Beobachtung und interessante Wendung! Nicht nur viele islamophobe Blogger und die Pro-Organisationen versuchen mit angeblicher „Juden- und Israelfreundlichkeit“ zu punkten, den Ruch des Rassismus und Rechtsextremismus loszuwerden und sich aufgeklärt zu geben. Sogar die führenden Rechtsaußenparteien Europas haben im letzten Jahr eine „Jerusalem-Erklärung“ abgegeben, die die Propaganda einiger Think-Tanks der letzten Jahrzehnte aufgreift: Demnach sei Israel der Vorposten der westlichen Zivilisation im islamistischen Arabien und bedingungslos zu unterstützen, egal welche Politik gemacht werde, um die islamistische Expansion einzudämmen. Diese vermeintlich judenfreundliche Geste – vermeintlich auch, weil man Juden als Platzhalter missbraucht – wird in den nächsten Wahlkämpfen in Europa eine Rolle spielen. Während in den rechten Parteien durchaus noch diskutiert wird, ob man vom Topos der „jüdischen Weltverschwörung“ lassen kann, hat sich bei führenden Köpfen wie Heinz-Christian Strache in Österreich oder Marine le Pen in Frankreich bereits der Pragmatismus durchgesetzt, mit islamfeindlichen Ausfällen zu punkten, während man antijüdische Ausfälle unterlässt, da sie viel weniger Erfolg versprechen, weil Antisemitismus ganz offiziell verpönt ist.

Wegen eines ähnlichen Vergleichs (Sind die Türken die neuen Juden Deutschlands?) musste Prof. Faruk Şen seinerzeit Leiter des Zentrums für Türkeistudien, seine Bilderbuchkarriere beenden. Warum reagiert die Politik so unverhältnismäßig, um es freundlich auszudrücken?

Weil man sich ertappt fühlt? Mmh, es ist vermutlich komplexer. Hier scheint eine Grenze der Meinungsfreiheit auf, die offensichtlich gebraucht wird. Sie geht weit über den Schutz des Bewusstseins für die Ungeheuerlichkeit des Holocausts hinaus. Auch Prof. Wolfgang Benz sah sich ja angesichts einer Tagung, die dem Vergleich

der beiden Diskurse gewidmet war, heftigen Anfeindungen ausgesetzt. Und mir geht es ja nicht anders. Das ist ein wunder Punkt – drehen wir den Spieß einmal um: Wenn sich herausstellt, dass Islamfeindlichkeit zwar nicht Antisemitismus ersetzt hat, aber doch Ähnlichkeiten aufzuweisen hat – mein Kollege Constantin Wagner und ich beschreiben das ja in unserem Buch von 2009 ausführlich – dann wären alle islamfeindlich Argumentierenden, die sich auf „pro-jüdisch“ = „anti-antisemitisch“ berufen und das Muster reicht bis in den Bundestag – entlarvt. Mit der Ablehnung des Vergleichs versucht man den Rassismus an sich zu leugnen. Wer will schon Rassist sein? Aber „Islamkritik“ gehört zum guten Ton, wie übrigens „Israelkritik“ manchmal auch, wenn auch nicht überall dort, wo behauptet wird – aber der Vergleich dieser beiden Begriffe, wie wir ihn im Buch durchführen, hat noch interessante Ergebnisse gebracht. Bei Sen scheint es mir, dass man die Emotionalie des Vergleichs benutzt hat für etwas, das schon länger schwelte – so ließ sich Benz nicht aushebeln, auch wenn Broder & Co. an seinem Renommee immer noch zu kratzen versuchen.

Bleiben wir bei der Politik und bei den Politikern: Letztes Jahr hat die Bundeskanzlerin Merkel den dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard, der mit seinen Karikaturen die Muslime und den Islam dämonisierte, mit dem M100-Medienpreis ausgezeichnet. Was will Frau Merkel damit der Öffentlichkeit sagen?

Das habe ich in einem Artikel kritisiert und dafür viel Schelte bekommen. Bei M100 ein Jahr zuvor wurde Hans-Dietrich Genscher ausgezeichnet, aber nicht dafür, dass er dazu beitrug, den Balkan zu spalten. Das war anders formuliert, ändert aber an den katastrophalen Fakten nichts. Dass Angela Merkel als Kanzlerin die Tagung von Lord Weidenfeld beehrt, ist natürlich ein Signal und ich überlasse es gerne anderen, das weiter zu recherchieren. Weestergaard, dessen rechtslastige Einstellungen bekannt sind, als Held der Meinungsfreiheit zu feiern – ein Missverständnis des gesamten Karikaturenstreits, weil hier der Frame von Salman Rushdies „Satanische Verse" einfach nicht passt – mitten in der Sarrazin-Debatte zeigt, wo die Reise hingeht und dass rechte Parteien gut daran tun, auf Islamfeindlichkeit statt auf Antisemitismus zu setzen, um Wahlen zu gewinnen. Merkels und auch David Camerons Absage an den Multikulturalismus weist in die gleiche Richtung – dazu empfehle ich die Schriften von Liz Fekete vom Institute of Race Relations in London, die aufzeigt, wie das Feindbild Islam in Zeiten des „Krieges gegen den Terror" sowohl innen- wie auch außenpolitisch genutzt wird. Für Muslime mag es bitter sein, aber es geht bei keiner dieser Ausbrüche überhaupt um den Islam – er wird nur als Argument der Abgrenzung und Ablenkung benutzt und es wird wichtig sein, sich hier weder provozieren noch in die Dialognische abdrängen zu lassen.

Diese Kanzlerin hat einen Mann zum Innenminister ernannt, der kein Hehl daraus macht, den Islam und Muslime öffentlich zu erniedrigen. Hätte er Minister werden können, wenn er dasselbe über den Christentum, den Buddhismus oder gar über den Judentum gesagt hätte, was er über den Islam sagt?

Ich meine, es war umgekehrt. Innenminister Friedrich hat sich erst nach der Ernennung zum Islam geäußert, oder?! Dies tat er völlig unvermittelt, nachdem die CSU durch den Verlust Karl-Theodor zu Guttenbergs eine schlimme Niederlage erlitten hatte. Also, mit dem Islamthema kann man sich profilieren. Alle reagieren wie die Pawlow'schen Hunde, sofort kennt jeder den bis dato völlig unbekannten Mann aus Bayern. Dabei hat er etwas gesagt, das auf fast alles hier zutrifft: Weder Bier, Kartoffeln, Bayern noch das Christentum gehören historisch gesehen zu Deutschland. Aber, es ist wie mit der Weestergard-Ehrung und vielen Vorläufern bis hin zur Absetzung der Idomeneo-Oper 2006, die ja niemand gefordert hatte. Mit dem Thema kann man provozieren, Debatten lancieren und nun eine Sicherheitskonferenz anberaumen und weitere Bürgerrechte für alle abbauen – weil viele Menschen fälschlicherweise glauben, es beträfe ja „nur die Muslime" und nicht sie. Darum nochmal: dringend Liz Fekete lesen!

Derselbe Minister rief im Juni 2011 die muslimischen Verbände zu einem so genannten Präventionsgipfel zusammen. Der Minister wünscht, dass die Muslime und deren Verbände die angeblichen oder tatsächlichen Extremisten in den Moscheen an seine Behörde denunzieren?...

Ja, das war die Islamkonferenz eigentlich schon immer – auch als ich noch in der AG Medien unter Schäuble dabei war. In

der damaligen Arbeitsgruppe ging es immer um Sicherheit VOR Muslimen, nicht VON Muslimen, was ja zu Versäumnissen wie etwa dem Nicht-Ernstnehmen des Briefes von Alexander Wiens ans Dresdner Gericht geführt hat. Wenn der neue Minister nun Interesse daran hätte, dass die Gesellschaft, Verbrecher stellt und Extremisten entlarvt, dann wäre das eine Aufgabe für uns alle, auch der Muslime – hier eine Trennlinie zu ziehen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, statt zwischen Radikalen und Normalbürgern ist nichts als eine Zuweisung. Damit kann man Politik machen, aber keinen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern – es ist eigentlich erstaunlich und sehr lobenswert, dass sich viele Menschen von einer solchen Politik noch nicht haben auseinander treiben lassen.

Und die Vertreter der Verbände gehen hin!?

Ja, die haben immer noch nicht kapiert, dass sie Mittel zum Zweck sind – das, was sie interessiert ist ja nur auf Landesebene zu erreichen und übrigens eine Bringschuld des säkularen Staates. Und auf Länderebene passiert ja auch was. Warum man insgesamt nicht von der rechtlichen Anerkennung der Juden lernt und ein vergleichbares Modell einrichtet, bleibt sowieso das Geheimnis des Ministeriums. So hat man Gelegenheit, eine Endlosdebatte zu führen. Anscheinend sind unsere Politiker nicht ausgelastet. Tja, und dann gibt es das, was ich „Hauptberuf Muslim“ nenne – vergleichbar den hauptberuflichen „Islamkritikern“, die von Medien und Politik hofiert werden. Hier gibt es Funktionen, Ämter, Anerkennung, vielleicht mal eine Förderung. Die Strukturen verändert das nicht und die Hauptverantwortung liegt aufseiten der gestaltenden Politik – zum Beispiel, wenn man säkulare Muslime einlädt, die sich aber nicht organisieren müssen und gar nicht nachweisen brauchen, für wen die denn nun sprechen.

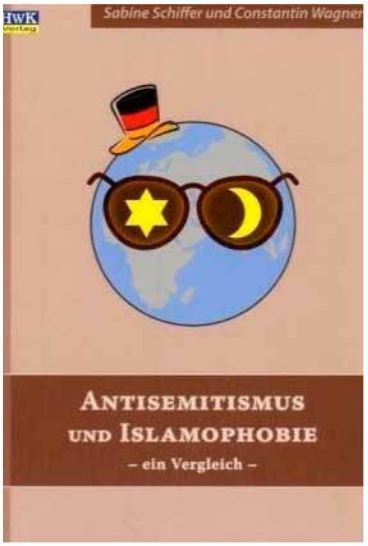
Diese Vertreter der muslimischen Verbände machen bei den öffentlichen Diskussionen, wie z.B. wenn es um Moscheebau oder „Integration“ geht, keine gute Figur, warum?

In der Diskurshierarchie sind sie weit unten. Dadurch haben sie weniger Handlungsspielraum als die, die oben stehen. Sie werden anders beurteilt als andere. Dann

gehen sie häufig in die aufgestellten Diskursfallen: Sie verallgemeinern ebenso wie ihre Gegenüber und geben damit deren Argumentationsweise recht. Wenn ich auf einen Vorwurf antworte „Der Islam ist aber so und das sagt die Sure so und so.“ Dann bedeutet das doch: Es ist ein islamisches Thema, das sie da ansprechen (auch wenn es das gar nicht ist, weil die Spezifik fehlt!). Ferne bestätigt man, dass der Islam homolithisch sei und es legitim ist, eine Sure aus dem Kontext zu reißen und mit ihr irgendwas zu belegen, was einem gerade passt. Tja, da würde es helfen, sich einmal kritisch mit dem anti-antisemitischen Diskurs um die Jahrhundertwende 19./20. Jahrhundert auseinander zu setzen und zu gucken, was man hier für Parallelen produziert. Dann kann man überlegen, wie man aus solchen Gesprächsritualen aussteigt, was nicht einfach ist für diejenigen, die in der Diskurshierarchie unten stehen – derzeit kann man nur eine Verfestigung im Sinne einer sich-selbst-erfüllenden Prophezeihung beobachten. Jeder fühlt sich in seinem Klischee bestätigt. Das ist schade und auch gefährlich, aber nicht hoffnungslos!

Interview Orhan Çalışır

Weiterführende Literatur zum Thema:
Sabine Schiffer und Constantin Wagner
Antisemitismus und Islamophobie
HWK Verlag, Wassertrüdingen, 2009
260 Seiten, 24,80 Euro
ISBN: 978-3-937245-05-8



25 Jahre Die Gelbe Hand

Unter der Losung „Mach meinen Kumpel nicht an" begann 1985 eine Kampagne der DGB-Jugend gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Aus der Kampagne wurde ein Verein, der immer noch gebraucht wird und in diesem Jahr sein Jubiläum feiert

Ein Vierteljahrhundert ist es jetzt her. 1985 entstand in der Bundesrepublik ein Projekt der Gewerkschaftsjugend für junge Facharbeiter/innen und Auszubildende, das gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gerichtet war. Die Absicht: Junge Leute in Betrieben, auf der Straße und überall im Alltag stellen sich vor ihre Kolleg/innen und Freunde aus anderen Ländern und nehmen sie vor Angriffen und aggressiven Sprüchen in Schutz. Aus dem Projekt entwickelte sich ein Verein der Gewerkschaften, kurz der „Kumpelverein" genannt.

Der Verein besteht nach wie vor, er bietet Service für alle, die etwas gegen Rassismus tun wollen - und er wächst. Ende März hat er zum sechsten Mal seinen Wettbewerb „Die Gelbe Hand" für Schüler/innen, Auszubildende und Klassen an Berufsschulen ausgeschrieben. 2010 waren zur fünften Ausschreibung 40 Arbeiten eingereicht worden, Filme, Plakate, Lieder und anderes. Den ersten Preis bekamen die Auszubildenden des „Ausbildungsrings Ausländischer Unternehmer e.V." in Nürnberg. Sie hatten eine DVD vorgelegt, auf der sechs junge Leute aus sechs Ländern von sich erzählen. Sie alle leben in Deutschland. Eine in Algerien geborene junge Frau mit deutscher Staatsbürgerschaft sagt vor der Kamera: „Ich bin vor einiger Zeit auf eine Gruppe gestoßen, die hat mich beleidigt. Es sind Sätze gefallen wie ‚Ausländer - stinkt. Geh zurück nach Hause!' Ich hab mich verletzt gefühlt. Das hat mich wütend gemacht. Toleranz heißt: Dulden, dass jemand anders ist." Der Wettbewerb des Kumpelvereins läuft auch jetzt wieder; 2012 werden die Preisträger ermittelt.

Am Anfang des Projekts standen ein glücklicher Zufall - und Begeisterung: Ein Journalist war von einer Frankreichreise zurückgekommen und hatte in der Redaktion des DGB-Jugendmagazins *'ran* beeindruckt von der Arbeit eines französischen Vereins erzählt. Der hieß „Touche pas à mon pote" - „Fass meinen Kumpel nicht an". Symbol des Vereins war in Frankreich Die Gelbe Hand, es gab tausende Anstecker davon.

Der Anfang in Deutschland

Wolfgang Römisch, damals Chefredakteur des Magazins, beschloss mit seinen Kollegen, im September 1985 ein *'ran*-Heft mit dem Schwerpunkt „Die Gelbe Hand" zu machen. Auf der Titelseite stand: „Wir starten die Aktion!" Daneben leuchtete die gelbe Hand mit der Zeile „Mach meinen Kumpel nicht an!", eine Initiative von *'ran* und der DGB-Jugend. Berichtet wurde auch über die ersten Frauen und Männer, die sich in der Bundesrepublik zur Gelben Hand bekannten. Der damalige DGB-Chef Ernst Breit und der Ex-Bundeskanzler und SPD-Politiker Willy Brandt waren dabei. Und die Sängerin Nena. Sie schrieb: „Vor ein paar Tagen hat jemand in den Fahrstuhl unserer Kreuzberger Etage geschrieben: 'Türken ins KZ. Ein Deutscher". Eine Geschichte, die zeigt, wie sehr sich die Ausländerfeindlichkeit der Regierungspolitik auf der Straße umsetzt.

Bald trugen wie in Frankreich auch in Deutschland viele den gelben Sticker. Grund gab es auch in der Bundesrepublik; die Ausländerfeindlichkeit nahm zu, als man merkte, dass die ins Land geholten „Gastarbeiter" in Deutschland bleiben würden. „Ausländer raus" las man an Häuserwänden, wie *'ran* schrieb. Das Magazin nannte Beispiele aus dem Alltag von 1985: In Hamburg überfielen zwei Skinheads eine junge Türkin auf einem belebten Platz, niemand half ihr. In einer bayerischen Gemeinde fand sich kein Geistlicher, der bei der Beerdigung einer syrischen Asylbewerberin predigte.

„Der Erfolg dieser *'ran*-Ausgabe war überwältigend", erinnert sich der Gewerkschafter Holger Menze, Leiter der ver.di-Bildungsstätte Lage-Hörste. „Im Grunde haben wir die Erfahrung aus Frankreich abgekupfert. Und die gelbe Hand wurde zum übergreifenden Symbol, das die jungen Leute aus verschiedenen Gewerkschaften verbunden hat."

Neue Ideen

Nach der ver.di-Gründung vor zehn Jahren wollte Holger Menze etwas dafür tun, den Kumpelverein wieder mehr ins Gespräch zu bringen. Er regte die Zusammenarbeit mit ver.di an und wurde 2003 zu seiner eigenen Überraschung gleich zum Vereinsvorsitzenden gewählt, für vier Jahre. Menze hatte die Idee, künftig nicht mehr nur Gewerkschaften und andere Organisationen als Mitglieder in den Verein aufzunehmen, sondern auch einzelne Personen, ob prominent oder nicht - Hauptsa-

che, sie stehen hinter der Idee. Inzwischen hat der Verein mehr als 220 Fördermitglieder.

Dass er weiter wächst, ist auch Giovanni Pollice sehr wichtig. Er ist seit drei Jahren Vorsitzender des Kumpelvereins. Hauptberuflich leitet er die Abteilung Migration/Integration beim Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie. Im März nahm er an dem ersten Antirassismus-Seminar „Mach meinen Kumpel nicht an“ in der ver.di-Bildungsstätte Lage-Hörste teil, um den teilnehmenden verdi.anern „seinen“ Verein vorzustellen, wortreich und mit Elan. Auch Pollice will neue Mitglieder gewinnen. Er sagt: „Wenn wir eines Tages 1000 oder 2000 Mitglieder haben, brauchen wir uns um die Finanzierung unserer Arbeit, die Absicherung der Geschäftsstelle und den Newsletter keine Sorgen mehr zu machen.“ Dafür schreckt er auch vor drastischen Methoden nicht zurück. So erklärte er vor kurzem auf der Migrationskonferenz der IG Metall klipp und klar: „Ich verlasse den Raum erst, wenn ich zehn neue Mitglieder gewonnen habe.“ An die Drohung hielt er sich dann auch.

Datenbank und Wettbewerb

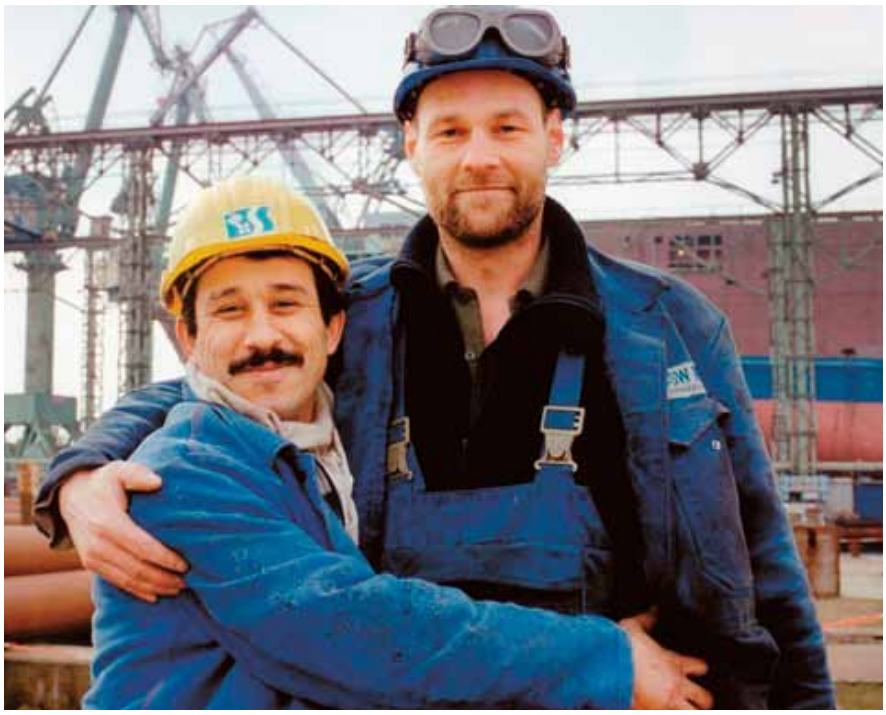
Klaudia Tietze ist seit einem halben Jahr Geschäftsführerin des Vereins mit einem kleinen Büro in Düsseldorf. Sie staunt manchmal, wie beliebt der Verein ist, gerade bei Älteren, die sich vor Jahren schon engagiert haben und den Sticker mit der Gelben Hand seit langer Zeit tragen. Aber vor allem will die 32-jährige Politikwissenschaftlerin, die aus Polen kommt, den Verein für junge Leute interessant machen. Wichtiges Mittel dafür ist der Newsletter *aktiv + gleichberechtigt*. Darin können Interessierte von ihren Aktionen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit berichten, und die Leser erfahren, was bundesweit gerade läuft.

Und der Wettbewerb ist natürlich wichtig. Der 30-jährige Hans-Peter Killguss arbeitet in Köln in der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus. Er gehört zu denen, die im Jahr 2005 den Wettbewerb ins Leben gerufen haben. Im Grunde habe Killguss den Verein damit wieder richtig zum Leben erweckt, stellt Holger Menze fest, „nachdem die Anfangseuphorie nachgelassen hatte und die Gelbe Hand ein bisschen vor sich hin dümpelte“.

„Der Wettbewerb, das ist unser spezielles Feld“, sagt der Vereinsvorsitzende Pollice. „Er ist für junge Leute in der Arbeitswelt gedacht. Es beteiligen sich schon viele Schülerinnen und Schüler von Gymnasien daran, Berufsschulen sind bisher weniger dabei. Aber wir wollen gerade Azubis und junge Gewerkschaftsmitglieder dazu anregen, mehr mitzumischen.“ Gesucht und prämiert werden in dem Wettbewerb Videos, Fotos, Plakate, Texte und andere Materialien, die sich mit Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzen. Beim ersten Mal haben sich nur zehn Gruppen beteiligt, „da waren wir fast am Verzweifeln“, sagt Holger Menze. Aber der Wettbewerb hatte bald einen guten Namen. Hans-Peter Killguss erinnert sich noch an die ersten Preisträger und ihre Arbeiten, so an das Video zweier türkischer Mädchen über Anpassung und Diskriminierung und den Film einer Förderklasse aus Halbe über ihre Stadt, die Naziaufmärsche dort und die Gegenaktivitäten vieler Menschen. Ihn beeindruckt, wie wichtig der Preis für die Jugendlichen war, die ihn bisher bekommen haben: „Es war gerade für die ersten Preisträger toll, zur Preisverleihung zu fahren und Männern im Anzug etwas erklären zu können. Sie haben was zu sagen, das haben sie bei der Preisverleihung erlebt.“

Der Aufruf zum Wettbewerb 2011/2012 steht seit einigen Tagen auf der Website des Vereins. Neben den Arbeiten bisheriger Preisträger, allen Newslettern und der neuen, langsam wachsenden Best-Practice-Datenbank mit guten Beispielen für Projekte. Fördermitglied des Vereins kann man auf der Internetseite natürlich auch werden. http://www.gelbehand.de/

***von** Claudia von Zglinicki*



Die Konkurrenzgesellschaft spitzt die Ellenbogen

Soziale Ausgrenzung, Fremden- und Islamfeindlichkeit in Sarrazins Menschenbild

Traudel Kassel

Fremdenfeindlichkeit und Verunglimpfung von Menschen als angebliche Sozialschmarotzer gibt es in unserer Gesellschaft nicht erst seit Sarrazin. Mal hieß es „Ausländer nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg", dann kam die „Asylantenflut" und „Das Boot ist voll". Schließlich die Gefahr durch „Einwanderung in die Sozialsysteme" und jetzt „die Integrationsverweigerung von Muslimen". Arbeiten sie, nehmen sie uns Deutschen die Arbeitsplätze weg. Arbeiten sie nicht, nutzen sie unsere Sozialsysteme aus. Dabei ist es offenkundig, dass Unternehmer ausländische Arbeitskräfte angeheuert haben, weil sie sie für ihre Produktion brauchten.

Immer, wenn neue Angriffe auf Sozialsysteme in Vorbereitung waren, haben gewisse Politiker und Medien Stimmung gegen „Schmarotzer" gemacht, die es sich angeblich auf Kosten der Mehrheitsgesellschaft in der sozialen Hängematte gut gehen lassen. So soll ein Keil zwischen Arbeitende und Erwerbslose getrieben werden und gemeinsame Gegenwehr erschwert werden. So wird der Stammtisch bedient.

Sarrazin – ein geistiger Brandstifter

Sarrazins Rolle dabei ist es, dass er mit seinen längst widerlegten Thesen Stammtischparolen salonfähig macht. Bei Teilen der Bevölkerung, die verstärkt durch die Krisenhaftigkeit der globalen Wirtschaft verunsichert sind und um ihre Zukunft fürchten, werden bewusst Vorurteile und Ängste geschürt.

Schon als Finanzsenator in Berlin hat sich Sarrazin durch zynische Aussagen hervorgetan, dass sich Arme gefälligst ans Frieren gewöhnen sollten und ALG II-Beziehern vorgerechnet, was ihnen an Essen zukommt. Armut führt zu sozialer Ausgrenzung, zum Rückzug in Wohngebiete mit billigen Mieten, zum Ausschluss von Geselligkeit und Bildungsmöglichkeiten. Von Armut durch Erwerbslosigkeit und Niedriglöhne sind Menschen mit Migrationshintergrund aber auch dann stärker als andere betroffen , wenn sie gut ausgebildet sind.

MigrantInnen unter den Armen bieten sich Sarrazin und seinesgleichen als Sündenböcke besonders an. Folgen einer jahrzehntelangen mangelhaften Integrations- und Bildungspolitik schiebt er den MigrantInnen in die Schuhe. Mit dem reißerischen Titel „Deutschland schafft sich ab" schürt er Ängste vor einer bedrohlichen Bevölkerungsentwicklung, wenn sich schlecht gebildete Zugewanderte aus muslimischen Ländern, besonders der Türkei, angeblich übermäßig vermehren (Kopftuchmädchen). Damit werden sie zur Zielscheibe geistiger Brandstifter wie Sarrazin, Broder und anderer.

Spätestens der Anschlag und Massenmord in Norwegen haben gezeigt, welche grausamen Folgen solche geistige Brandstiftung haben kann. Aber auch hierzulande werden nicht nur Migranten und Migrantinnen Opfer von Anschlägen, sondern auch Menschen und Einrichtungen, die sich für Verständigung zwischen den Völkern einsetzen. In Bremen z.B. immer wieder das Lidice-Haus.

Nützlichkeitsdenken und Ellenbogenmentalität in der Konkurrenzgesellschaft

Sarrazins Menschenbild – und er ist nicht der Einzige! – ist geprägt von der Unterscheidung in Menschen, die unserer Gesellschaft nützen und solche, die ihr angeblich zur Last fallen. Sarrazin unterscheidet zwischen überlegenen Eliten und so genannten Unterschichten, die an der Verfestigung ihrer Armut angeblich selbst schuld sind, weil charakterliche Eigenschaften und „Erblichkeit von Lebensumständen" zur Armut führen. Gebildete und Besserverdiener sind für ihn wertvoller als in der Gesellschaft Benachteiligte.

Spätestens, wenn er mit seinen Vorstellungen Bevölkerungspolitik betreiben will, sollten die Alarmglocken klingeln. Die Vermehrung „höherwertiger" Menschen (mit Hochschulabschluss), möchte er durch Prämien von 50 000 Euro fördern, während „Minderbegabte" nicht durch „falsche Anreize" bei ihrer Vermehrung unterstützt werden sollten, weil sie die Bevölkerungsqualität negativ beeinflussen. Solche Begriffe und solches Denken knüpfen an unselige (sozial)rassistische Argumente an. Sie waren jahrzehntelang unver-

Foto: Bundesarchiv 102-16748 – 1935
Fotograf: Pahl

So wurde 1935 im Rahmen einer Ausstellung „Wunder des Lebens" Stimmung für rassistische Bevölkerungspolitik gemacht.

Zwischen dem „Dritten Reich" und heute liegen 66 Jahre Erfahrungen: Annäherung in West-Europa und kalter Krieg – dann die Öffnung nach Osteuropa. Gewollte Migration von Arbeitskräften – „wir wollten Arbeitskräfte – es kamen Menschen". Gewollte Migration aus Osteuropa von deutschen „Aussiedlern". Ungewollte Migration von Flüchtlingen als Folge von Kriegen und Armut. Damit sind soziale Konflikte verbunden. Jeder ethnischen, religiösen oder rassistischen Behandlung dieser Konflikte muss eine deutliche Absage erteilt werden.

besserlichen Rechtsextremen vorbehalten.

War nicht durch die bewusste Öffnung des höheren Bildungssystems in den 70er Jahren für „Arbeiterkinder" der Beweis erbracht worden, dass Intelligenz nicht eine Eigenschaft einer privilegierten Oberschicht ist? Damals waren sich Wissenschaft, Politik und Wirtschaft einig: Die Bildungsoffensive sollte der Wirtschaft junge Fachkräfte und Intellektuelle zuführen – die wurden dringend gebraucht.

Heute funktioniert die Wirtschaft mit immer weniger Menschen, die immer produktiver werden. Aus ökonomischen Erwägungen werden Menschen als überflüssig und unnütz angesehen. In sie wird nicht mehr „investiert". Mit Genen hat das nichts zu tun, sondern mit Ellenbogenmentalität in der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft.

Die Lehre aus der Geschichte sollte sein, die Unterscheidung von Menschen in „höherwertige" und „minderwertige", „nützliche" und „nicht nützliche" strikt abzulehnen.

Wenn das Denken um sich greift, dass nur Menschen, die Gewinn bringen, deren Leben „sich rechnet", ein Platz in der Mitte der Gesellschaft zugestanden wird, haben auch alte, kranke, pflege- und hilfsbedürftige Menschen schlechte Karten. Das sollte uns RentnerInnen zu denken geben.

Denn Vorurteile gegen unnütze Esser, die einfach zu alt werden und zu viel kosten und damit die jungen Erwerbstätigen belasten, werden auch schon eifrig geschürt.

Das gab's alles schon mal in der Geschichte

• Auch schon vor dem Rückfall in die nationalsozialistische Barbarei des 20. Jahrhunderts wurde in den 20er Jahren öffentlich über eine Bevölkerungspolitik diskutiert, die die Vermehrung der Kranken, Schwachen und „Minderwertigen" – dazu wurde auch das so genannte Lumpenproletariat gezählt – mit Hilfe einer repressiven Sozialpolitik einschränken und die Zucht begabter Menschen fördern sollte.

• Für die Rassenideologie der Nazis war der Boden durch verbreiteten historisch begründeten Anti-Semitismus und Anti-Ziganismus bereitet. Sie wurden der Bevölkerung als fremde und minderwertige Rassen als Sündenböcke angeboten, schrittweise aus der Gesellschaft ausgegrenzt, gedemütigt und schließlich vernichtet.

• Schuldzuweisungen gegenüber Armen, Arbeitslosen, Bettlern, die im Geruch standen „arbeitsscheu" zu sein, haben historische Wurzeln seit dem frühen Kapitalismus. Zucht- und Arbeitshäuser sollten so abschreckend wirken, dass Menschen bereit waren, zu jedem Lohn in den Fabriken zu arbeiten. Armenfürsorge war über Jahrhunderte von Demütigung und Kontrolle verarmter Menschen geprägt. Ständig sollten sie ihre Nützlichkeit oder ihre „Unschuld" an ihrer Notlage nachweisen. Armut wurde mit erblicher Dummheit und Liederlichkeit gleichgesetzt.

• Nationalsozialisten konnten so auf vorhandene Ressentiments und Vorstellungen beim Umgang mit so genannten „Arbeitsscheuen", „Gemeinschaftswidrigen" (Homosexuelle, Prostituierte, allein erziehende Mütter) aufbauen, z.B. wenn sie zur „Verhinderung erbkranken Nachwuchses" Frauen zwangsweise sterilisierten, die nicht dem Bild der treu sorgenden Hausfrau entsprachen. Wie Prostituierte und Homosexuelle galten sie als „Gemeinschaftswidrige" oder gar „Schwachsinnige", die den Schutz der Volksgemeinschaft nicht mehr verdienten. Es ist bekannt, dass viele der auf solche Weise diffamierten Gruppen in späteren Jahren der Nazi-Herrschaft in KZs eingeliefert und getötet wurden. Geistig Behinderte wurden als „lebensunwertes Leben" vernichtet. Dem stand die Vorstellung von der Züchtung „höherwertiger" Menschen mit erwünschten Merkmalen gegenüber. Sie fand im „Lebensborn" ihren deutlichsten Ausdruck.

Das Asylbewerberleistungsgesetz

1993 wurde das Asylbewerberleistungsgesetz (Bundesgesetz) erlassen. Bis dahin hatte die Sozialhilfe als unterste materielle Stufe für ein menschenwürdiges Leben gegolten. Nun wurde mit den „bedürftigen Ausländern" eine neue „Klasse" von noch Ärmeren geschaffen.

Das AsylbLG gilt keineswegs nur für Asylbewerber, sondern für alle Ausländer mit Duldungsstatus, für Ausländer mit „selbst zu vertretenden Abschiebehindernissen", für Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen usw… sowie für deren Ehegatten und Kinder.

Das Gesetz wurde seitdem mehrmals geändert; der Kreis der Betroffenen wurde ausgeweitet und die Dauer des geringeren Leistungsbezuges wurde von einem Jahr in mehreren Schritten auf vier Jahre verlängert. Nach dieser Frist wird Sozialhilfe gezahlt. Anspruch auf ALG II hat der genannte Personenkreis in der Regel überhaupt nicht, da er keine Arbeits- oder Ausbildungserlaubnis erhält.

Auch eine Krankenversicherung besteht fast nie. Es werden einzelne Scheine vom Sozialamt für den Arztbesuch ausgestellt (lt. Gesetz „zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände").

Und wehe, man hat akute Zahnschmerzen und einen uneinsichtigen oder gar bösartigen Sachbearbeiter.

Die Betroffenen unterliegen außerdem der Residenzpflicht, d.h. sie dürfen sich nicht ohne eine Erlaubnis für jeden Einzelfall aus dem Landkreis oder der Stadt, die ihnen als Wohnort zugewiesen wurden, entfernen. Dies gilt auch, wenn Familienangehörige in verschiedenen Orten untergebracht sind.

Die Leistungen des AsylbLG werden als Sach- oder Geldleistungen je nach Entscheidung der zuständigen Landkreise oder Gemeinden gezahlt.

Sachleistungen werden als Einkaufsgutscheine oder als „Essenspakete" ausgegeben – in Sammelunterkünften teilweise auch als Gemeinschaftsverpflegung.

Die Qualität der Essenspakete genügt niemals den Anforderungen an gesunde Ernährung und ist häufig insgesamt mangelhaft. Auch werden keine Versuche gemacht unterschiedliche und abweichende Eßgewohnheiten zu berücksichtigen.

In Bremen wird die Leistung in Geld ausgezahlt. Theoretisch darf ein Teil der Empfänger auch eine Wohnung anmieten und aus den Massenunterkünften ausziehen. Praktisch ist das aber nicht möglich, u.a. weil die großen Wohnungsbaugesellschaften keine Mietverträge mit Ausländern mit Duldungsstatus abschließen.

In den Massenunterkünften werden Familien gemeinsam in einem Zimmer untergebracht und auch für untereinander Fremde gibt es hauptsächlich Vierbettzimmer.

Die ohnehin niedrigen Geldleistungen des AsylbLG sind seit 1993 nicht erhöht oder auch nur an die Preissteigerungen angepasst worden!

Das sog. „Taschengeld" ist für den persönlichen Bedarf wie Fahrgeld, Telefon, Papier, Porto, Zeitung, rechtlichen Beistand, kulturelle Teilhabe, Schulbedarf für die Kinder usw. In der Praxis muß es überdies für den von Sachleistungen nicht gedeckten Bedarf an Ernährung, Kleidung und Hygieneartikeln eingesetzt werden. Nach § 1a AsylbeLG darf selbst diese geringe Summe gekürzt oder ganz gestrichen werden.

Obwohl die Bundesregierung schon 2010 eingeräumt hat, dass die Leistungshöhe „auf der Grundlage von Kostenschätzungen" festgesetzt wurde und dieses Verfahren „nicht den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts entspricht", gibt es keine Vorbereitung eines neuen Gesetzesentwurfs. Offenbar wollen Bundesregierung und Parlament den verfassungswidrigen Zustand einfach weiterhin ignorieren.

Das Asylbewerberleistungsgesetz gilt seit 18 Jahren. Es verstößt von Anfang an gegen die Menschenrechtskonvention, gegen europäisches Recht und gegen das Grundgesetz. Es ist in jeder Beziehung eine Schande. Und die gesamte linke Bewegung und jeder von uns hat Anteil an dieser Schande, denn wir waren zwar gegen Erlaß und Ausführung dieses Gesetzes, haben es aber – von Ausnahmen abgesehen – nicht wirklich schwerpunktmäßig, ausdauernd, leidenschaftlich und militant bekämpft.

Margot Müller

Umfang der monatlichen Leistungen (Auszug; Stand Mai 2011)

	Haushaltsvorstand oder allein lebend	Angehörige 0-5 Jahre	Angehörige ab 14 Jahre	zwei Personen ab 18 Jahren
AsylbLG bar „Taschengeld"	40,90 €	20,45 €	40,90 €	2 x 40,90 €
AsylLG § 3 II				
Sach- o. Geldleistung	184,07 €	112,48 €	158,50 €	158,50 + 184,07 €
AsylbLG gesamt	224,97 €	132,93 €	199,40 €	199,40+ 224,97 €
SGB II Sozialhilfe	364,00 €	215,00 €	287,00 €	328,00 + 328,00 €
			291,00 €	
Kürzung in %	38,20 %	38,17 %	30,52 %	35,31 %

Die Bürgerschaftswahl 2011 - gesehen von hinten

Mit großen Hoffnungen 2006 erstritten, der neue Wahlmodus für Bürgerschaft und Beiräte in den Stadtteilen. Was hat uns das neue Fünf-Stimmen-Wahlrecht gebracht?

Detlef Dahlke

Für mehr Demokratie und Bürgernähe organisierte der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ ein Volksbegehren und 65.197 wahlberechtigte Bremer gaben dazu ihre Unterschrift. Mit einem Volksbegehren erreichte der Verein 2006 ein neues Wahlgesetz für Bremen und Bremerhaven. 425.377 Wahlberechtigte konnten 2011 in Bremen die Stadtbürgerschaft wählen.

Mit seinen fünf Wahlkreuzen hatte der Wähler jetzt erstmalig die Möglichkeit, das Personenpaket der Parteien zu öffnen und eine differenzierte Wahlentscheidung zu treffen. Das „Häufeln“ der Wahlkreuze auf Kandidaten ihrer Wahl hat die Strategien aller Parteien beachtlich beeinflusst. Einige Personen konnten dadurch von scheinbar aussichtslosen Plätzen einen Sitz in der Bürgerschaft erringen. Das war in mehreren Parteien der Fall.

Alle Parteilisten weisen für die Sitzverteilung in der Bürgerschaft neben den Listenstimmen etwa zur Hälfte einen Anteil an Personenstimmen aus. Neue Personen wurden auf vordere Plätze gewählt.

Dass einzelne MigrantInnen in ihren Parteien über die Personenstimmen stark vorgerückt sind, drückt was aus: Menschen, die in ethnischen Communities verankert sind und dort etwas mobilisieren können, haben Chancen, die gesellschaftliche Benachteiligung zu durchbrechen.

Das ruft in manchen Kreisen Kritik hervor. Andererseits: Gewählt wurden KandidatInnen, die in Vereinen, in Kirchen, in ihrem Stadtteil aktiv sind. Das ist für mich ein Resultat dieser Wahl: Es werden Personen gewählt, die bekannt und beliebt sind. Ob sie die besseren VolksvertreterInnen sind, ist eine zweite Frage. Auf jeden Fall sind die Wähler gegenüber der „Parteibürokratie“ gestärkt worden.

Das Addition/Division-Spiel mit den fünf Stimmen der 494.000 Wahlberechtigten Wähler/Nichtwähler auf den jeweiligen Abgeordneten und seine Wertigkeit im Bremer Landesparlament wird dem neuen Wahlverfahren und dem Gewählten nicht gerecht. Der Probelauf 2011 ist lehrreich und das Ergebnis über vier Jahre zu verfolgen.

Das Problem der weiter sinkenden Wahlbeteiligung bzw. ansteigender Politikverdrossenheit ist nicht mit veränderten Wahlverfahren zu beheben. Wenn gerade in den „Problemstadtteilen“ extrem geringe Wahlbeteiligung herrscht, muss die Politik dort deutlich sichtbar und erfahrbar werden. Es sind Zweifel angebracht, dass das gelingt, denn Probleme der sozialen Spaltung sind seit den 80er Jahren immer deutlicher geworden, ohne dass es offensichtlich gelungen ist, diese in den Griff zu bekommen.

Bei der Wahl der Bremer Stadtteil-Beiräte, wo die KandidatInnen persönlich bekannter sind, wurde das neue Wahlsystem entsprechend genutzt. Mit den Personenstimmen wurde die Zusammensetzung der Fraktionen ebenfalls erheblich verändert.

Karikatur: Barbara Figge

Bei riesigen Nebenwirkungen treten Sie auf die Packungsbeilage und sagen Sie Ihrem Arzt, er sei Apotheker.

Neu in Bremen: Das Afrika Netzwerk Bremen (ANB)

Eine Initiative zur Förderung der politischen, kulturellen und sozialen Interessen der im Land Bremen und Umgebung lebenden afrikanischen MigrantInnen

Im Land Bremen leben ca. 9.000 Migrantinnen und Migranten aus 16 afrikanischen Ländern. Schon die Zahl der Ursprungsländer der in Bremen lebenden MigrantInnen macht deutlich, dass es „die Afrikaner" nicht gibt, auch wenn sie aufgrund ihrer Hautfarbe in der Regel von der Mehrheits-Bevölkerung alltagssprachlich als „die Afrikaner" bezeichnet werden.

Schon der signifikante sprachliche Bezug auf die Hautfarbe - „Farbiger, Schwarzer, Schwarzafrikaner" bis hin zum „Neger", als offenste Form sprachlicher Diskriminierung aber verweist auf die speziellen Integrationsbedingungen afrikanischer MigrantInnen in Deutschland bzw. auf die Ressentiments und rassistischen Vorurteile, die ihnen seitens der weißen Mehrheitsgesellschaft entgegen gebracht werden. Dies gilt für afrikanische MigrantInnen aller Altersgruppen, auch für Deutsche mit afrikanischem bzw. amerikanischem Migrationshintergrund.

Die Diskriminierung auf der Sprachebene hat ihre Entsprechung in der Arbeitswelt. Sieht man von wenigen Ausnahmen ab, arbeiten die meisten der in Bremen lebenden afrikanischen MigrantInnen im unteren Lohnsektors bzw. in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Entsprechend der Arbeitsmarktchancen der Eltern gestalten sich nicht selten auch die Arbeitsmarktchancen der hier geborenen Kinder bzw. Jugendlichen. So klagen Eltern mit afrikanischem Migrationshintergrund immer häufiger darüber, dass trotz relevanter Schulabschlüsse selbst Praktikumsplätze für ihre Kinder kaum zu bekommen sind.

Die Medien, ob gewollt oder nicht, verstärken nicht selten die Ressentiments gegenüber afrikanischen MigrantInnen, bzw. zementieren angenommene biologische Differenzen. Es wundert daher nicht, dass Afrika und mit ihm die Afrikaner im öffentlichen Bewusstsein gemeinhin als nicht entwicklungsfähig und rückständig gelten, dass irreguläre Zuwanderung ein schwarzes Gesicht hat und auch das Gesicht des Drogengeschäfts auf der Straße schwarz ist.

Ressentiments und Segregation prägen aber auch das Zusammenleben der verschiedenen afrikanischen Communities in Bremen untereinander. Im ‚Gepäck' vieler afrikanischer MigrantInnen befinden sich neben den erlernten, kulturellen und ethnischen Ressentiments und Ausgrenzungserfahrungen aus den Heimatländern und Kulturen (Politisierung von Ethnizität, Klientelismus, etc.) unterschiedlichste religiöse Orientierungen und sprachliche Barrieren. Hinzu kommt nicht selten Flucht,- Bürgerkriegs- und Gewalterfahrungen, die Teile der afrikanischen MigrantInnen durchlitten haben.

Daher ist die Atmosphäre zwischen den afrikanischen Communities, wie auch zwischen afrikanischen MigrantInnen unterschiedlicher ethnischer Herkunft etc., nicht selten geprägt von Misstrauen, Distanz und Abgrenzung, die der Einzelne nur selten durchbrechen kann.

Bemühungen um gemeinsame interkulturelle Aktivitäten und Informationsarbeit enden trotz einer Vielzahl von Vereinen und Initiativen an den Grenzen der verschiedenen afrikanischen Communities in Bremen.

Im Kontext von Benachteiligung, Diskriminierung sowie strukturellen Ausgrenzungserfahrungen gelingt es vielen afrikanischen MigrantInnen daher nicht, ihre soziale Isolation zu durchbrechen, bzw. das innere Korsett der Selbstsegregation zu verlassen. Es wundert daher nicht, dass die Gruppe der afrikanischen MigrantInnen unter allen in Bremen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund die Gruppe ist, die von den vielfältigen kommunalen und privaten Integrations-Bemühungen und Angeboten in der Stadt am schlechtesten erreicht wird.

Betont werden muss in diesem Zusammenhang, dass viele der in Bremen lebenden Menschen mit Afrikaner aus schwachen, wie autoritären Staaten mit extremer struktureller Armut stammen, das heißt aus Ländern kommen, in denen zum einen zivilgesellschaftliches Engagement und ihre Akteure häufig autoritär unterdrückt bzw. verfolgt werden und zum anderen Schul- und Alphabetisierungskarrieren für viele Kinder armutsbedingt noch immer im Alter von 8-10 Jahren enden.

Vor dem Hintergrund dieser Partizipations- und Bildungsdefizite, erklärt sich - neben kulturellen Faktoren - die geringe Beteiligung afrikanischer MigrantInnen in kommunalen integrationspolitischen Netzwerken und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Deshalb hat sich das *Afrika Netzwerk Bremen* gegründet mit dem Ziel, die politischen, sozialen und kulturellen Belange, Wünsche und Interessen einer wachsenden Gemeinschaft von Menschen mit afrikanischer Herkunft in Bremen zu fördern bzw. in die eigenen Händen zu nehmen und diese nachhaltig in landbremischen Institutionen, Verwaltungen und in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Das Netzwerk steht allen Menschen, Vereinen und Initiativen, unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, politischer und religiöser Orientierung offen, die sich mit den Zielen des Netzwerkes verbunden fühlen und dies aktiv mitgestalten wollen. Jede Unterstützung, Anregung und Hilfe ist willkommen.

Das ***ANB*** ist eine ehrenamtlich organisierte Informations,- Hilfs- und Beratungsstelle mit derzeit folgenden Hauptaufgaben:

- die Verbesserung des Zusammenlebens und der Kommunikation der afrikanischen Communities untereinander sowie die Förderung der Akzeptanz ihrer nationalen, kulturellen, religiösen und ethnischen Unterschiede untereinander

- Abbau von Geschlechterdiskriminierung bzw. Stärkung der Rolle der Frauen in den afrikanischen Communities. Damit verbunden ist auch die Stärkung des Verantwortungsbewusstseins von Männern in allen Belangen des Familienlebens.

- die Vermittlung eines differenzierten und realistischen, statt stereotypen, Afrika Bildes in der Öffentlichkeit sowie der Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gegenüber afrikanischen MigrantInnen in Bremen

- Menschen mit afrikanischer Herkunft dazu anzuregen und zu befähigen, sich in die hiesigen gesellschaftlichen Prozesse einzubringen und diese aktiv mitzugestalten, dazu gehört auch die Stärkung der mitgebrachten Kompetenzen der afrikanischen ZuwanderInnen in Bremen

- die stärkere Berücksichtigung der Interessen von afrikanischen MigrantInnen in der bildungs-, sozial- und kulturpolitischen Infrastruktur Bremens. Dazu gehört auch, afrikanische MigrantInnen anzuregen und die bestehenden Einrichtungen und Angebote im Bereich Weiterbildung, Gesundheit, Schule, Sport- und Freizeit intensiv zu nutzen

- die Entwicklung eines Beratungs- und Qualifizierungsangebots, das bestehende Einrichtungen und Initiativen unterstützt, ihre Anliegen und Ziele professioneller, stabiler und öffentlich wirkungsvoller zu gestalten

- der Aufbau eines Experten- und Referenten-Pools für afrikanische Themen und Informationen zu Afrika bzw. afrikanischen Ländern

Das ***Afrika Netzwerk Bremen*** hat sein Büro im Kulturzentrum Lagerhaus / 3.Etage. Das Netzwerktreffen ist öffentlich und findet regelmäßig zweimal im Monat im Lagerhaus/3. Etage statt.

Kontakt: info@anb-net.org

Überraschung bei der Bürgerschaftswahl in Bremen

Elombo Bolayela wurde 1965 als Sohn eines evangelischen Pastors in Kinshasa (Demokratische Republik Kongo) geboren.

Seit 1998 ist er mit Angela Bolayela-Maquart verheiratet und sie haben fünf Kinder.

Er ist 1992 als Asylbewerber nach Deutschland gekommen, in Syke hat er eine Ausbildung zum Tischler absolviert.

Seit 1999 arbeitet er als Fachverkäufer in Bremen in einem Baumarkt und ist seit acht Jahren Mitglied im Betriebsrat, davon seit 2009 stellvertretender Vorsitzender.

Bei uns in der St. Markus-Gemeinde leitet Elombo Bolayela den Chor ohne Grenzen e.V.. Er hat für jeden ein offenes Ohr und immer einen guten Rat, wenn einer ihn fragt.

Er war bei der Bürgerschaftswahl auf dem 41. Platz der SPD-Kandidatenliste, hat es aber geschafft in die Bürgerschaft zu kommen. Das hat mich sehr gefreut. Somit ist bewiesen, dass Integration gelebt werden kann.

Karla Vendt

Impressum:

Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Detlef Dahlke, IGM, Ursula Figge, IGM, Traudel Kassel, ver.di, Hugo Köser, IGM, Inge Markowsky, ver.di, Günther Wesemann, ver.di, Brigitte Wilkening, ver.di, Hermann Wilkening, IGM

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Tel.: 0421 / 960 89 14
e-mail: m.weule@aulbremen.de
e-mail: hugo.koeser@web.de
(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

Leserbriefe

Ich weiß auch nicht, wer das erfunden hat. Aber ich wollte dies den Lesern der WIR zum Nachdenken über unsere Geldströme empfehlen.

Blickt Ihr da noch durch? Total verworren – auch für Finanzexperten und die sogenannten Wirtschaftsweisen. Dabei ist es doch so einfach. Und kostet uns Deutsche auch so gut wie nix!

So funktioniert es (etwas vereinfacht), Griechenland vor dem Bankrott zu retten:

Es ist ein trüber Tag in einer kleinen griechischen Stadt. Es regnet und alle Straßen sind wie leergefegt. Die Zeiten sind schlecht, jeder hat Schulden und alle leben auf Pump. An diesem Tag fährt ein reicher deutscher Tourist durch die Stadt und hält bei einem kleinen Hotel. Er sagt dem Eigentümer, dass er sich gerne die Zimmer anschauen möchte, um vielleicht eines für eine Übernachtung zu mieten und legt als Kaution einen 100 Euro Schein auf den Tisch. Der Eigentümer gibt ihm einige Schlüssel und nutzt die Zeit:

1. Als der Besucher die Treppe hinauf gegangen ist, nimmt der Hotelier den Geldschein, rennt zu seinem Nachbarn dem Metzger und bezahlt seine Schulden.

2. Der Metzger nimmt die 100 Euro, läuft die Straße hinunter und bezahlt den Bauern wegen der offenen Schweinerechnung.

3. Der Bauer nimmt die 100 Euro und bezahlt seine Rechnung beim Genossenschaftslager.

4. Der Mann dort nimmt den 100 Euro Schein, rennt zur Kneipe und bezahlt seine Getränkerechnung.

5. Der Wirt schiebt den Schein zu einer an der Theke sitzenden Prostituierten, die auch harte Zeiten hinter sich hat und dem Wirt einige Gefälligkeiten auf Kredit gegeben hatte.

6. Die Prostituierte rennt zum Hotel und bezahlt ihre ausstehende Zimmerrechnung mit den 100 Euro.

7. Der Hotelier legt den Schein wieder zurück auf den Tisch. In diesem Moment kommt der Deutsche die Treppe herunter, nimmt seinen Geldschein, meint, dass ihm keines der Zimmer gefällt und verlässt die Stadt.

Niemand produzierte etwas, niemand verdiente etwas. Alle Beteiligten sind ihre Schulden los und schauen mit großem, griechischem Optimismus in die Zukunft.

Wisst ihr nun Bescheid? Na dann, ich wünsche ein schönes Wochenende.

Gruß Werner Schuster

GE·BE·IN®
Bestattungsinstitut

Bericht in Wir Älteren…

Sehr geehrter Herr Dahlke,

ja, das war doch mal eine Überraschung. Ich finde, in dem Artikel haben Sie das auf den Punkt gebracht, was GE-BE-IN ausmacht. Vielen Dank dafür. Ich werde das Heft in der nächsten Vorstandssitzung des Kollegen zeigen.

Mit freundlichen Grüßen
GE·BE·IN Versicherungen VVaG

Horst Kappmeyer

Termine

Termine der Senioren der GEW-Arbeitsgruppe
jeweils dienstags: 11.10, 08.11, 06.12.2011
von 10.00 bis 12.00 Uhr
Tel.: 0421 33764-0

ver.di-Senioren Bremen
Sprechstunde des Seniorensbüros:
jeden zweiten Donnerstag im Monat von 10.00 bis 12.00 Uhr
Seniorentreffen:
jeden zweiten Donnerstag im Monat von 14.00 bis 16.00 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Bahnhofsplatz 22-28
ver.di-Veranstaltungen:
Termine können in den Geschäftsstellen
erfragt werden
Tel.: 0421 3301-111

Termine der Senioren der IG Metall Bremen-Stadt:
jeden ersten Mittwoch im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Bahnhofsplatz 22-28
Tel.: 0421 33559-0

Termine der Senioren der IG Metall Bremen-Nord:
jeden zweiten Mittwoch im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr
in der Arbeitnehmerkammer, Lindenstr. 8, Bremen-Nord
Tel: 0421-669500

IG BAU Seniorentreffen 2011

Die Treffen der Senioren finden im Bürgerzentrum Neue Vahr, Raum C 02,
jeweils von 10:00 bis 12:00 Uhr statt.
Wir sorgen für Kaffee und belegte Brötchen!

Termine - immer mittwochs:
am 12. Oktober und am 14. Dezember 2011 im weihnachtlichen Ambiente.
Fahrgemeinschaften können gebildet werden, ab Delmenhorst bestehen bereits Fahrgemeinschaften.

Infos:
Karl Günter Ziesmer, Tel.: 04221-52328
Erhard Niemann, Tel.: 04221-61039